

# IWH-Pressemitteilung 36/2013

Halle (Saale), den 24. Oktober 2013

## Wettbewerb im Finanzföderalismus funktioniert auch im Länderfinanzausgleich

**Im gegenwärtigen System des Länderfinanzausgleichs lohnt es sich für die Bundesländer kaum, intensiv Steuern einzutreiben. Forscher des IWH zeigen, dass die Länder relativ wenig Personal und Zeit in Betriebsprüfungen investieren, wenn sie einen vergleichsweise hohen Anteil der zusätzlich erzielten Steuereinnahmen sofort wieder an andere Länder abgeben müssen (Grenzbelastung). Einen klaren Vorteil für einen zentralen Steuervollzug durch den Bund sehen die Wissenschaftler jedoch ebenfalls nicht. Dann nämlich entfielen der Wettbewerb der Länder untereinander um die kundenfreundlichste und kostengünstigste Steuerverwaltung.**

Die Grenzbelastungen der Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs lagen etwa bei der Körperschaftsteuer im Jahr 2011 zwischen 68,9% in Nordrhein-Westfalen und 97,1% in Rheinland-Pfalz. Mit Ausnahme von Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen lagen die Grenzbelastungen bei sämtlichen Bundesländern über 85%. Die Grenzbelastung gibt an, welcher Anteil einer zusätzlichen Million Euro an Steuereinnahmen jedem einzelnen Bundesland im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wieder verloren geht.

Die Analyse von Länderdaten für die Jahre 2004 bis 2008 zur Personalausstattung der Finanzämter und zu Betriebsprüfungen (Prüfungsturnus, Prüfungszeit je Betrieb, Effizienz der Betriebsprüfungen) zeigen: Sowohl die Prüfungsintensität als auch die für die Prüfungen eingesetzten finanziellen und zeitlichen Ressourcen sind umso geringer, je höher die Grenzbelastung im Länderfinanzausgleich ist. Auch zwischen der Effizienz der Betriebsprüfungen insgesamt – gemessen über den (finanziellen) Aufwand in Relation zu den erzielten Mehreinnahmen – und der Grenzbelastung bei der Körperschaftsteuer durch den Länderfinanzausgleich existiert ein signifikant negativer Zusammenhang. Dies legt nahe, dass die hohen Grenzbelastungen des bundesstaatlichen Länderfinanzausgleichs die Effizienz des Steuervollzugs der Bundesländer beeinträchtigen.

In einem interregionalen Wettbewerb können die bundeslandspezifischen Prüfungsintensitäten allerdings nur begrenzt eine strategische Größe darstellen. Die Prüfungsintensitäten sind nämlich weder für Investoren beobachtbar noch können diese durch die Landesregierungen als steuerliche Standortfaktoren glaubhaft kommuniziert werden. Im Gegensatz dazu könnte ein serviceorientiertes Verwaltungshandeln in Finanzämtern einen relevanten Standortfaktor darstellen. Online-Informationenplattformen machen die Leistungen der örtlichen Steuerverwaltungen für Außenstehende zunehmend transparent. Es liegt daher nahe, dass sich der Wettbewerb unter den Ländern um die Qualität der Finanzverwaltungen und um möglichst geringe Entrichtungskosten in Zukunft intensivieren könnte. Studien zeigen zudem, dass sich die Steuerehrlichkeit erhöht, wenn auf den Steuerzahler möglichst geringe Lasten der Steuerentrichtung überwältigt werden.



**Sperrfrist:**  
24. Oktober 2013  
12:00 Uhr

**Pressekontakt:**  
Stefanie Orphal  
Telefon:  
+49 345 7753 720  
E-Mail:  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**Ansprechpartner:**  
Martin Altemeyer-Bartscher  
Telefon:  
+ 49 345 7753 735  
E-Mail:  
[mar@iwh-halle.de](mailto:mar@iwh-halle.de)

**Politische Ressorts:**  
Bundesministerium der  
Finanzen (**BMF**),  
Bundesministerium für  
Wirtschaft und  
Technologie (**BMWi**),  
Finanzministerien der  
Länder

**Wissenschaftliche  
Schlagwörter:**  
Länderfinanzausgleich,  
Steuervollzug,  
Föderalismusreform,  
interregionaler  
Wettbewerb

**Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle (IWH)**  
Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820  
<http://www.iwh-halle.de>

Eine Zentralisierung des Steuervollzugs, wie sie auf politischer Bühne angesichts der Fehlanreize im gegenwärtigen Länderfinanzausgleich immer wieder gefordert wird, hätte zwar den Vorteil, dass die Grenzbelastungen des Bundes geringer ausfielen als gegenwärtig bei den Ländern. Allerdings blieben Kostensenkungspotenziale, die bei einer dezentralen Steuerverwaltung durch den Standortwettbewerb unter den Ländern gehoben werden können, möglicherweise verborgen.

**Veröffentlichung:**

ALTEMEYER-BARTSCHER, MARTIN; ZEDDIES, GÖTZ: [Dezentrale Steuerverwaltung und inter-regionaler Wettbewerb im deutschen Finanzföderalismus](#), in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (5), 2013, 91-95.

**Wissenschaftlicher Ansprechpartner:**

Jun.-Prof. Dr. Martin Altemeyer-Bartscher

Tel.: +49 345 7753 735, E-Mail: [martin.agemeyer-bartscher@iwh-halle.de](mailto:martin.agemeyer-bartscher@iwh-halle.de)

**Pressekontakt:**

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: [presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.